

**Remscheid,  
sozial,  
ökologisch,  
gerecht.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

**DIE LINKE.**

**Kommunalwahlprogramm 2020**

# Inhalt

Einleitung.....	3
Politische Bilanz.....	4
Wirtschaft und Finanzen.....	7
Gute Arbeit.....	10
Wohnen.....	11
Gesundheit.....	13
Soziales.....	14
Schule und Bildung.....	15
Inklusion.....	17
Kinder und Jugendliche.....	18
Senior*innen.....	22
Stadtentwicklung.....	24
Verkehr.....	26
Grünflächen und Wald.....	27
Energie.....	29
Kultur.....	30
Sport.....	34
Migration.....	36
Digitalisierung.....	37
Gleichstellung.....	40
Sicherheit und Ordnung.....	42
Politische Partizipation Bürgerbeteiligung.....	44
Antifaschismus.....	45
Corona-Nachwort.....	47

# Einleitung

## **Remscheid: Lebenswert, demokratisch, weltoffen, sozial, ökologisch und bunt!**

DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik. DIE LINKE steht für Demokratisierung und Re-Kommunalisierung – für die Wiedergewinnung des öffentlichen Raums für Alle.

DIE LINKE steht für Vielfalt, ein selbstbestimmtes Leben und die Gleichberechtigung verschiedener Lebensweisen im friedlichen Nebeneinander. Wir entwickeln unsere Politik nach Grundüberzeugungen und sachlichen Kriterien. Wir verkaufen unsere Meinung nicht an Interessengruppen, tauschen sie nicht gegen Posten und orientieren sie nicht an Meinungsumfragen. Die Zukunftsgestaltung Remscheids darf nicht in Parteizirkeln, bürokratischen Verwaltungsrunden oder in der Grauzone sogenannter Hinterzimmergespräche in Sterne-Restaurants mit wirtschaftlich starken Lobbyisten ausgehandelt werden.

DIE LINKE steht für Solidarität statt Vereinzelung. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft und eine Gemeinschaft, in der alle eine Chance auf ein eigenständiges Leben haben. Herkunft, Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder Hautfarbe dürfen kein Hemmnis sein.

DIE LINKE hat sich seit ihrer Gründung gegen weitere Privatisierungen und Stellenabbau und für kommunale Betriebe, gegen schlechte Bezahlung und für Mindesttarife, gegen Kürzungen im Sozial-, Kultur- oder Bildungsbereich und für eine bessere finanzielle Ausstattung unserer Stadt eingesetzt. Das wird auch so bleiben.

DIE LINKE beteiligt sich auf keinen Fall an einer Politik, die Stellenabbau, Privatisierungen oder Sozialabbau betreibt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert.

# Politische Bilanz

Im Ergebnis der Kommunalwahl vom 25.04.2014 konnte sich DIE LINKE auf 6 % verbessern und war nun die viertgrößte Fraktion im Rat der Stadt Remscheid.

Es hätte knapp für ein rot-rot-grünes Bündnis gereicht. Dem stand unsere ablehnende Haltung zum DOC und zu Kürzungshaushalten entgegen. Stattdessen etablierte sich die alte sogenannte „Gestaltungsmehrheit“ aus SPD, Grünen und FDP mit dem Anhängsel der WiR als „Ampel plus Bündnis“. Die CDU ging in die Opposition, hat aber im Wesentlichen alle umstrittenen Beschlüsse des Rates z.B. zum Umbau des Friedrich-Ebert-Platzes mitgetragen. So wurde DIE LINKE zur einzigen ernstzunehmenden Oppositionspartei.

Auch in der Opposition hieß und heißt es für DIE LINKE, eine konsequente Politik zu betreiben, in deren Mittelpunkt die sozialen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Interessen der Bürger\*innen stehen. Mit Geduld und Ideenreichtum ist es uns gelungen aus der Opposition heraus erfolgreich Akzente zu setzen. Stellvertretend hierfür rufen wir noch einmal die wichtigsten Punkte auf:

## Betriebsprüfer:

Der Antrag der LINKEN, einen Betriebsprüfer im Bereich der Gewerbesteuer einzustellen, wurde erst durch Rat und Verwaltung abgelehnt, um später doch vorgenommen zu werden. Nach Aussage des Kämmerers in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschusses vom 16.11.2017 ist die bisherige Tätigkeit erfolgreich, die vorgesehenen Erträge sind erzielt worden.

## Schulsozialarbeit:

Nicht zuletzt durch das beharrliche Auftreten der Linksfraktion ist eine parteiübergreifende Lösung des Problems möglich geworden: Die Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT) wird in Remscheid fortgeführt.

## Offener Ganztag:

4

Der Qualitätsbericht des Offenen Ganztags im Schulausschuss vom 01.02.2017 zeigte klar die Schwächen und Probleme auf. DIE LINKE stellte daraufhin den Antrag, den offenen Ganztag finanziell besser, an den Bedürfnissen der einzelnen Standorte orientiert, auszustatten. Die beharrliche Intervention der LINKEN führte schließlich dazu, dass der bestehende Qualitätszirkel zum Offenen Ganztag Qualitätsstandards

formuliert, diese mit der realen Situation an den Standorten abgeglichen und Bedarfe formuliert hat. Nun müssen diese umgesetzt werden. Wie mühsam dies bei den jetzigen politischen Mehrheiten sein kann, zeigt ein Beispiel zum Haushalt 2019/2020: Die „Gestaltungsmehrheit“ hatte zwar im Haushalt eine leichte finanzielle Erhöhung für den Offenen Ganztags beschlossen, aber

nicht für alle freien Träger. Ausgerechnet die Träger wurden „vergessen“, die Gruppen des Offenen Ganztags an Förderschulen betreuten. Nur durch einen sehr intensiven Einsatz der Linksfraktion wurden schließlich alle Gruppen in eine finanzielle Verbesserung einbezogen.

### **Sport:**

In vielen Städten erhalten Kinder zur Einschulung einen Gutschein, der ihnen die kostenlose Mitgliedschaft in einem Sportverein ermöglicht. Diese gute Idee hat DIE LINKE erfolgreich in die politische Diskussion eingebracht. Voraussichtlich ab August 2020 werden Remscheider Kinder in den Genuss dieses Gutscheins kommen.

### **Aufsuchende Verwaltung:**

Wesentliche Inhalte eines Antrags unserer Fraktion sind von anderen Fraktionen übernommen worden. Sie fordern wie wir für Menschen, die bewegungseingeschränkt sind, eine aufsuchende Verwaltung. Auch hier ist eine interfraktionelle Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Fachausschüsse gebildet worden, die einen mehrheitsfähigen Beschluss erarbeiten wird.

### **DIE LINKE für ein soziales Remscheid:**

Es ist selbstverständlich, dass DIE LINKE sich für die Einrichtung neuer Kindergärten, für die Beseitigung von Missständen an Schulen, für die bessere personelle Ausstattung im gesamten öffentlichen Bereich einsetzt.

### **Armut in Remscheid:**

Armut ist ein Thema, mit dem sich weder die Verwaltung noch andere Parteien in Remscheid freiwillig auseinandersetzen wollen. So gab es den letzten ausführlichen Armutsbericht mit der Darstellung von Handlungsfeldern, die es abzarbeiten galt, im Jahr 2005! Eine Fortschreibung, gar Evaluation – so wie damals beschlossen – erfolgte nicht. Hat sich die Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger also verbessert, ist Kinderarmut überwunden? Die Antwort ist nein! Wir haben immer wieder in

Ausschüssen von der Verwaltung die Darstellung der prekären Lebenssituationen verlangt sowie endlich Vorschläge, wie diese überwunden werden können. Schließlich wird nun regelmäßig das sog. Sozialmonitoring von der Verwaltung vorgelegt, das einen knappen, quantitativen Einblick in die prekäre soziale Situation vieler Remscheider Bürger\*innen gewährt. Leider erfolgten daraus bislang keine Strategien oder Handlungsempfehlungen, wie diese überwunden werden können. Hier sieht DIE LINKE ihre wesentliche Aufgabe für die nächsten Jahre.

### **Für demokratische Stadtentwicklung:**

Stadtentwicklung darf nicht von der Gnade irgendwelcher „Investoren“ abhängig sein, sondern muss die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im Fokus behalten. DIE LINKE hat Vorschläge zur Innenstadtentwicklung, zur Entwicklung des Friedrich-Ebert-Platzes, zur Quartiersentwicklung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr eingebracht. Sie hat besonders beim „Jahrhundertprojekt DOC“ durch kritische Nachfragen für Transparenz gesorgt.

### **Demokratische Erinnerungskultur:**

Einen Erinnerungsort für Opfer der Nazidiktatur zu schaffen, dieser Antrag der LINKEN wurde schon in der 14. Wahlperiode mehrheitlich vom Rat der Stadt beschlossen. Schüler\*innen des EMA-Gymnasiums haben mit ihrer Initiative für die Gedenk- und Bildungsstätte Pferdestall schneller als Politik und Verwaltung dieses wichtige Anliegen in die Tat umgesetzt. Zur demokratischen Erinnerungskultur gehört es auch, die Teile des Stadtbildes, die in einem engen Zusammenhang mit der Nazidiktatur stehen, kenntlich zu machen. So hat der Rat auf unseren Antrag hin, bei zwei Gegenstimmen von Neonazis, beschlossen, die ganze historische Wahrheit über das Löwendenkmal auf dem Rathausplatz auf einer Tafel zu erläutern und das Denkmal zu einem Denkmal für Frieden, Demokratie, gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass

### **Jugendtreffpunkte:**

Der Kürzungspolitik der sogenannten „Gestalter“ fiel das Jugendcafé RIC zum Opfer. Die Folge war, dass junge Menschen im Innenstadtbereich ohne einen sinnvollen Treffpunkt sich in losen Gruppen z.B. am Alleecenter trafen und dass es dabei auch zu negativen Erscheinungen kam. DIE LINKE hat daraufhin verstärkt das Gespräch mit den jungen Menschen gesucht, ihre Ideen und Anregungen aufgenommen und den Antrag für einen Jugendtreff erfolgreich in die politische Diskussion eingebracht. Der Jugendrat und der Jugendhilfeausschuss stehen hinter diesem Anliegen.

## **Ersthelfer-App:**

Im Jahre 2018 brachte DIE LINKE die Idee einer „Ersthelfer-App“ in die Gremien der Stadt Remscheid ein. Es geht darum über eine App für Mobiltelefone automatisch alle ausgebildeten Helfer über einen gemeldeten Herzstillstand zu informieren und, wenn sie sich in der Nähe des gemeldeten Vorfalles befinden, sofort mit lebensrettenden Maßnahmen beginnen zu können. Leider ist der Prüfauftrag durch die Verwaltung noch nicht abgearbeitet. Wir bleiben am Ball. Denn es kommt bei einem Herzstillstand auf jede Minute an!

# **Wirtschaft und Finanzen**

## **Solidarische Wirtschaft gerechte Finanzen!**

### **Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand!**

Ein guter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbare Bestandteile sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens. Remscheid ist in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen. Kassenkredite sind Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen. Sie sind Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Stadt, da mit steigenden Kassenkrediten auch der Raum für Investitionskredite und damit für Bau und Instandhaltung von Straßen, Schulgebäuden und sonstiger städtischer Infrastruktur enger wird. Aus der Spirale sinkender Handlungsfähigkeit und wachsender sozialer Probleme führt nur ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt heraus, der die Kommunen mit stabilen Steuereinnahmen ausstattet. Neben höheren Anteilen aus dem gesamtgesellschaftlichen Steueraufkommen müssen die Grund- und die Gewerbesteuer grundlegend erneuert werden. Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt werden, in die auch alle Freiberufler, wie Anwälte, Architekten, Steuerberater usw. einzahlen müssen. Dies liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Solange diese grundlegenden Reformen der kommunalen Finanzierung nicht umgesetzt sind, beteiligt sich DIE LINKE nicht an – durch angebliche Sachzwänge diktierten – Sparhaushalten. So soll der Druck auf Land und Bund erhöht werden, endlich zu einer durchgreifenden Reform der Kommunalfinanzien zu kommen. Nach Angaben der Kämmerei ist Remscheid mit mehr als 600 000 000 Euro hoch verschuldet. Der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ war nur ein Tropfen auf den heißen Stein und die dabei vom Land geforderten Kürzungsmaßnahmen wirkten sich negativ auf notwendige Investitionen in unserer Stadt aus. Eine Steigerung der Hebesätze zur Grundsteuer B zur Verbesserung der Einnahmesituation lehnen wir allerdings ab, denn diese wird nur abgewälzt und belastet Menschen, die in Mietwohnungen leben.

## Die kommunale Wirtschaftsförderung stärken!

Die städtische Wirtschaftsförderung hat eine herausragende Bedeutung bei der Ansiedlung von Unternehmen oder der Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur. Erst mit diesen Strukturen, die die Privatwirtschaft selbst nicht schaffen kann, wird arbeitsteiliges Wirtschaften ermöglicht. Deshalb ist die personelle und qualitative Stärkung dieses Teils der Stadtverwaltung vorrangig zu behandeln. Es kommt dabei darauf an, dass sich die Wirtschaftsförderung von einer Denkweise verabschiedet, die sich allein Wachstums- und Wettbewerbsprinzipien unterordnet.

DIE LINKE tritt ein für:

- Die Stärkung der Rolle der Stadtverwaltung als wirtschaftspolitische Akteurin und Moderatorin vor Ort.
- Branchenkonferenzen und Runde Tische der wirtschaftlichen Akteure mit klaren Arbeitsaufträgen als wichtige Voraussetzung für die Bewältigung von Beschäftigungsproblemen und Strukturkrisen.
- Die Folgen des Niederganges der Industrie in Remscheid sind nicht überwunden, das zeigen die immer noch überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten. Der Arbeitsmarkt ist gespalten. Durch eine mangelhafte Bildungspolitik und den demographischen Wandel verstärken sich auch in Remscheid die Anzeichen eines Fachkräftemangels. Auf der anderen Seite verfestigt sich Langzeitarbeitslosigkeit. Die kommunale Wirtschaftsförderung darf nicht auf die Konkurrenz der Kommunen um den besten Standort und den niedrigsten Gewerbesteuersatz für die Ansiedlung von Investoren zielen. Wir sind für die regionale und interkommunale Zusammenarbeit im Bergischen Städtedreieck und den angrenzenden Kreisen zur Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen. Dazu gehört auch die gegenseitige Unterstützung bei der Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe und bei der Ausweisung neuer Gewerbeflächen durch Reaktivierung von Industriebrachen.

DIE LINKE ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Sie setzt sich weiterhin ein für:

8

- Einen Altschuldenfonds mit Beteiligung von Bund, Land und Kommunen. Dieser Fonds soll die Schulden aus Liquiditätskrediten der Kommune übernehmen.
- Eine dauerhafte Anhebung des kommunalen Anteils im Gemeindefinanzierungsgesetz NRW (GFG) auf 28 Prozent und eine Gegenfinanzierung durch die Einführung einer Millionärssteuer sowie eine höhere Erbschaftssteuer, um die Einnahmen für die Städte und Gemeinden in NRW zu stärken.



- Ein möglichst breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen haben einen sozialen Auftrag und sind dazu verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Einwohner\*innen durch soziale Dienstleistungen und soziale Tarifstrukturen einzulösen.
- Die Anteile der Stadtwerke, die jetzt im Besitz von RWE und EON sind, müssen zurück in öffentliche Hand. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen gestärkt und die Verbraucher\*innen sowie die Betroffenenorganisationen in Entscheidungen der Unternehmensführung und der Tarifstruktur unmittelbar einbezogen werden.
- Eine Stärkung der Stadtwerke, damit sie auf ihrem regionalen Markt wirksam Einfluss nehmen können. Die Energie- und Wasserversorgung hat im öffentlichen Eigentum zu erfolgen.
- Um Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung zu nehmen, muss die GEWAG nicht nur einen Mindestbestand an gut erhaltenen Wohnungen besitzen, sondern kontinuierlich Wohnungen zeitgemäß sanieren und den Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher Förderung sicherstellen.
- Eine Rekommunalisierung des SANA Klinikums ist langfristig anzustreben. Ein kommunales Krankenhaus ist notwendiger Bestandteil öffentlicher Gesundheitsvorsorge, wie es durch die Coronakrise bewiesen wurde.
- Eine Vorbildfunktion von Verwaltung und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung, Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten.
- Tarifbindung und Rückführung von Leistungen in öffentliche Verantwortung.
- Den Erhalt und die Stärkung der Sparkassen, denn die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und die Folgen der Auflösung der Westdeutschen Landesbank, jetzt Portigon AG, dürfen nicht auf den Schultern der kommunalen Sparkassen ausgetragen werden. Eine Privatisierung oder Teilprivatisierung der Sparkasse lehnen wir ab.
- Für Anreize für Remscheider „Traditionsbetriebe“, damit sie sich sozial- ökologisch und zukunftsfähig weiterentwickeln können.
- Für die Förderung von Neuansiedlungen von Unternehmen, die eine sozialökologische Ausrichtung haben und die Lebensqualität der Bürger\*innen nicht einschränken sondern verbessern.

- Die Kontrolle und Überprüfung der Zwecke der städtischen Unternehmen durch Rechnungsprüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt.

## Gute Arbeit

### Gute Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für Alle!

Trotz anderslautender Darstellungen ist die Zahl der Arbeitslosen in Remscheid weiterhin hoch. Besonders die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich in den letzten Jahren kaum verringert. Die Chancen für diese Menschen einen Arbeitsplatz zu finden, der ein menschenwürdiges Leben erlaubt, ist äußerst gering.

- Viele Remscheider\*innen müssen sich zudem mit prekären Beschäftigungsverhältnissen begnügen. Sie können trotz Vollzeitbeschäftigung von ihrer Arbeit nicht leben und müssen zusätzlich Arbeitslosengeld II beantragen. In Remscheid waren 2017 im Jahresdurchschnitt 5 069 Menschen in Vollzeit beschäftigt im Niedriglohnsektor. Das sind 16,3 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten. Besonders hoch ist der Anteil bei Arbeitnehmer\*innen ohne Berufsabschluss (36,9 Prozent) und bei Menschen mit Migrationshintergrund (29,7 Prozent).
- Zudem haben befristete Beschäftigungen und Teilzeitstellen weiter zugenommen. Gerade für junge Menschen, die am Anfang ihrer Berufskarriere stehen, bedeuten Befristungen eine unsichere Zukunftsplanung. Zudem tragen Arbeitslosigkeit, Teilzeitjobs und prekäre Beschäftigungen dazu bei, dass Armut im Alter ein immer größeres Problem wird. Besonders Langzeitarbeitslose und Bezieher von Arbeitslosengeld II werden im Alter kaum genügend Geld für ein würdiges Leben zur Verfügung haben.
- Auf der kommunalen Ebene lässt sich zwar die Arbeits- und Sozialgesetzgebung nicht beeinflussen, trotzdem kann die Stadt in ihrem Bereich für gute Arbeitsplätze sorgen und ihre Möglichkeiten nutzen, arbeitslosen Menschen jede Unterstützung zukommen zu lassen.

DIE LINKE fordert deshalb:

- Die Vergabe öffentlicher Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen.
- Bevorzugung von Investoren, welche sich zu Mitbestimmung und Tarifbindung bekennen.

- Mehr Beschäftigung im Öffentlichen Dienst.
- Keine Befristung bei öffentlichen Stellen.
- Keine Leiharbeit bei öffentlichen Stellen.

# Wohnen

## Wohnen ist ein Menschenrecht!

Dieses Recht ist sowohl in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ als auch im UN-Sozialpakt verankert, der keine unverbindliche Absichtserklärung ist. Er garantiert allen Menschen Rechte, die kein Staat gefährden darf und für deren Einhaltung er zuständig ist. In Remscheid ist – wie im Land NRW und im Bundesgebiet auch – der Wohnungsmarkt gekennzeichnet durch

- einen großen Bedarf an preisgünstigem Wohnraum, besonders an großem Wohnraum für Familien,
- drastisch sinkende Bestandszahlen an geförderten Sozialwohnungen (bis 2030 = minus 85% / bis 2042 = 0 Wohnungen),
- Überalterung des geförderten Wohnraums sowie einem hohen Leerstand von 7%. Hierbei handelt es sich um Wohnungen, die entweder nicht mehr den Mindestanforderungen an qualitativem Wohnraum entsprechen oder aber es sind Abschreibungsobjekte, die aus Spekulationsgründen bewusst nicht vermietet werden. Die Stadt Remscheid setzt zur Lösung der Probleme auf die Wohnraumförderung des Landes NRW, für die Remscheid ein „aktives und attraktives Marketing“ betreiben will.
- DIE LINKE sieht dringenden Handlungsbedarf, da bereits jetzt die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen nicht gedeckt werden kann. Dramatisch aber ist die zukünftige Entwicklung auf dem Remscheider Wohnungsmarkt: Es kann nicht hingegenommen werden, dass in absehbarer Zukunft alle Wohnungen mit Sozialbindung vom Markt verschwinden!

Schwerpunkte des Engagements der LINKEN in diesem Bereich sind daher:

- Die GEWAG in die Pflicht zu nehmen und sie mit allen Mitteln in ihrer Aufgabe zu stärken adäquaten, günstigen Wohnraum zu schaffen.

- Unmittelbar mit der Überzeugungsarbeit für günstigen Wohnraum bei Immobilienbesitzern zu beginnen.
- Wohnraummodernisierung im Sinne von Barrierefreiheit, Schall- und energetischen Dämmungen aktiv zu unterstützen und den Fortschritt bei der Sanierung transparent darzustellen.
- Eine Zweckentfremdungssatzung für die gesamte Stadt zu erlassen. Durch eine solche Zweckentfremdungssatzung werden Abbruch, Leerstand und Nutzungsänderung anzeige- und genehmigungspflichtig.
- Ein Leerstandskataster einzuführen, das notwendige Modernisierungen erfasst.

### **Obdachlosigkeit bedingungslos abzuschaffen!**

Wohnen als Menschenrecht schließt Obdach- und Wohnungslosigkeit nach dem Verständnis der LINKEN aus.

DIE LINKE engagiert sich deshalb dafür:

- Wohnraum bereitzuhalten, um Wohnungslosen oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen zügig eine neue Wohnung zur Verfügung stellen zu können.
- Für vorübergehend Obdachlose menschenwürdige Schlafgelegenheiten bereit zu stellen und dazu die Unterkünfte in Remscheid grundlegend zu sanieren.
- Die Arbeit der Wohnungslosenhilfe mit zusätzlichen finanziellen Mitteln und – wenn nötig – einer zusätzlichen Stelle zu unterstützen, damit Wohnungslose bei der Wohnungssuche und der Alltagsbewältigung unterstützt werden.

### **Gesundheit ist keine Ware!**

Gesundheit gehört uneingeschränkt zur kommunalen Daseinsvorsorge. Laut Weltgesundheitsorganisation müssen Einrichtungen und Leistungen des Gesundheitswesens

einschließlich der pflegerischen Versorgung „uneingeschränkt der bedarfsgerechten, flächendeckenden, wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienen und allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen, finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation zur Verfügung stehen“. (WHO-Resolution 58.33)

DIE LINKE unterstützt die Forderungen der WHO und fordert die Privatisierung des Gesundheitswesens zu stoppen und die Einrichtungen des Gesundheitswesens in die öffentliche Hand zurückzuführen. Seit Gründung der Partei steht deshalb die Forderung nach Rekommunalisierung des SANA-Klinikums im Mittelpunkt der Gesundheitspolitischen Forderungen der LINKEN in Remscheid.

Zudem beobachtet DIE LINKE mit Sorge, dass Gesundheitsprobleme bei der Remscheider Bevölkerung in vielen Bereichen häufiger auftreten als in anderen Kommunen z.B. Adipositas bei Kindern und Jugendlichen, Diabetes, mangelnde Zahngesundheit, Erkrankung/Sterblichkeit bei Krebs, Herz-Kreislaufkrankungen usw. (Bericht der Krankenkassen 2019).

DIE LINKE will daher:

- Die Gründe für die Gesundheitsprobleme in unserer Stadt erforschen lassen.
- Anschließend gegensteuern, soweit dies möglich ist.
- Präventive Maßnahmen zur Gesundheitsförderung besonders bei Kindern und Jugendlichen ausbauen. Hier darf kein Abbau zur Einsparung von Kosten erfolgen (wie z.B. die vorgeschlagene Schließung von Sportstätten oder die Kürzungen bei der Zahnprophylaxe)!

## **Gesundheitsvorsorge für Alle!**

Gesundheit ist ein Menschenrecht und muss für Alle – auch für Nicht-Krankenversicherte – gleichermaßen bereitgestellt werden.

DIE LINKE setzt sich deshalb auch ein für:

- Die Unterstützung der Praxis ohne Grenzen sowie
- Die Unterstützung des Medimobils für Nichtversicherte und wohnungslose Menschen.

# Soziales

Auch Benachteiligten die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen!

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs. Im Bund und in den Ländern setzt sie sich dafür ein die Kluft zwischen Arm und Reich aufzuheben. Dazu fordert sie eine grundsätzliche Reform des Steuersystems, einen höheren Mindestlohn und Transferleistungen und Renten, die tatsächlich Armut verhindern und eine menschenwürdige Existenz sichern.

Auf kommunaler Ebene kann die soziale Gesetzgebung nur wenig beeinflusst werden. Die Kommune ist das schwächste Glied in der Kette; sie kann weder in die Steuer- noch in die Arbeitsmarktpolitik entscheidend eingreifen. Allerdings müssen die Kommunen alles versuchen, um ihren Bürger\*innen ein Höchstmaß an Lebensqualität zu ermöglichen. Das bedeutet vor allem, sich um jene Menschen zu kümmern, deren Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben durch Armut gefährdet ist.

In Remscheid ist der Anteil der Menschen hoch, die als arm zu bezeichnen oder die von Armut bedroht sind, auch wenn aufgrund einer (bis zur Corona-Pandemie) stabilen konjunkturellen Lage die Zahl der Langzeitarbeitslosen und der Bedarfsgemeinschaften im letzten Jahr zurückgegangen ist. Noch immer lebt jedes vierte Kind in Remscheid in Armut. Kinderarmut aber bedeutet immer auch Familienarmut. Kinder wachsen in prekären Verhältnissen auf, wodurch ihre Chance auf ein glückliches und gleichberechtigtes Leben eingeschränkt und ihre Chance auf eine sorgenfreie Zukunft erschwert ist. Hier muss die Stadt eingreifen und alles tun, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu gewähren für Kinder, Familien und ältere Menschen, die von Armut betroffen sind.

DIE LINKE tritt ein für:

- Die Einführung eines Sozialpasses („Löwenpass“), der bedürftige Remscheider Bürger\*innen dazu berechtigt kostengünstiger – später kostenfrei – an Kultur-, Bildungs-, Politik- und Sportveranstaltungen teilzunehmen und günstiger bzw. kostenfrei den ÖPNV zu nutzen.
- Die Einführung von Sozialtarifen bei der EWR.
- Das Verbot von Stromsperren bzw. die sofortige Hilfe bei Energieschulden.
- Die finanzielle und bei Bedarf auch personelle Unterstützung aller Beratungsstellen und sozialen Träger, die Hilfesuchende unterstützen wie: Familienberatungsstellen,

Verbraucherzentrale, Pro Familia, Arbeit Remscheid, Remscheider Tafel etc. (wobei die finanzielle Unterstützung dieser sozialen Anlaufstellen jährlich anzupassen ist).

- Die Fortschreibung des Social Monitorings, wobei neben der Erhebung von Daten und Fakten unbedingt die Darstellung geeigneter Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und deren regelmäßige Evaluation gehören.
- Einen „runden Tisch gegen Armut“, der regelmäßig tagt, konkrete Maßnahmen zur Armutsbekämpfung festlegt und durchsetzt, deren Evaluation berücksichtigt und Maßnahmen entsprechend weiterentwickelt.

## Schule und Bildung

### Gleich gute Bildung für alle Kinder!

Über Jahre hinweg ging die Schulverwaltung davon aus, dass die Zahl der Schüler\*innen kontinuierlich abnimmt. Die Schulpolitik – auch in Remscheid – ist gekennzeichnet durch die Zusammenlegung von Schulen (z.B. der Förderschulen in Remscheid) oder die Aufgabe von Schulgebäuden (z.B. Honsberg, Kremenholz) vor allem unter der Maßgabe der Haushaltssanierung. In den letzten Jahren jedoch hat sich die Bevölkerungszahl anders entwickelt: Steigende Geburtenzahlen und Zuwanderung führen zurzeit zu einem hohen zusätzlichen Bedarf an Kindergartenplätzen, in wenigen Jahren zu einem höheren Bedarf an Grundschulplätzen und dann – zeitversetzt – zu einem gestiegenen Bedarf an weiterführenden Schulen. Dazu kommt als landespolitische Vorgabe noch das Zurückführen von G8 nach G9 hinzu, das weiteren Raumbedarf schafft.

DIE LINKE hat sich in den Jahren, in denen sie im Rat vertreten ist, stets für ausreichend großen, einem modernen (Ganztags-)Unterricht angemessenen Schulraum mit adäquater Ausstattung eingesetzt (z.B. beim Offenen Ganztag). Auch die Lehrersituation an den Schulen wurde von der LINKEN immer wieder thematisiert, selbst wenn die Schulverwaltung das Thema der (mangelnden) Lehrerversorgung lieber abwiegelte.

DIE LINKE sieht als unabdingbar an:

- Entsprechend der Schulentwicklungsplanung adäquaten Schulraum für die Grundschulen zur Verfügung zu stellen, gegebenenfalls eine neue Grundschule zu bauen.

- Die Klassengrößen in Grundschulen auf ein pädagogisch sinnvolles Maß zu bringen (nicht mehr als 24!).
- Im Schulausschuss die Lehrersituation an den Schulen transparenter zu machen, um dann gemeinsam über kommunale Möglichkeiten zur besseren Versorgung mit Lehrern zu entscheiden.
- Die Schulen mit mehr Stunden für Sekretärinnen sowie mit Hausmeistern und Reinigungskräften auszustatten.
- Insbesondere die räumliche, sächliche und personelle Situation in der OGS zu verbessern.
- Dringend Raum für die verbliebenen zwei Förderschulen zu schaffen, um den gestiegenen Schülerzahlen Rechnung zu tragen.
- Den Ausbau der Gymnasien als weiterführende Schulen entsprechend der Schulentwicklungsplanung und der Umstellung zu G9 voran zu treiben.
- Den geplanten Neubau des Berufskollegs Wirtschaft und Verwaltung moderner Pädagogik entsprechend zügig zu bauen und auszugestalten.
- Die Abhängigkeit der (Schul-)Bildung vom sozioökonomischen Status der Eltern ist in keinem Industrieland so stark wie in Deutschland. In Remscheid, einer Stadt, in der fast jedes vierte Kind in Armutsverhältnissen lebt, ist die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche vom Bildungssystem „abgehängt“ werden, sehr groß.

DIE LINKE will dem entgegen steuern und setzt sich deshalb ein für:

- Den weiteren, zügigen Ausbau der OGS- Plätze, damit jedes Kind eine adäquate Förderung erhalten kann.
- Da bis dahin wahrscheinlich viel Zeit vergehen wird, eine veränderte Priorisierung bei der Platzvergabe der OGS: Plätze schaffen für Kinder aus bedürftigen Familien, bei denen die Eltern nicht berufstätig sind, damit sie auch eine Chance auf Nachmittagsbetreuung haben.
- Mehr Personal in der OGS, das Kinder mit Lern- oder Sprachschwierigkeiten unterstützen kann.
- Die Umformung der Sekundarschule in eine Gesamtschule mit dem entsprechend notwendigen Ausbau.



- Die Schaffung von mindestens einer zusätzlichen Stelle beim schulpsychologischen Dienst, damit Kindern mit Schwierigkeiten schneller geholfen werden kann.

# Inklusion

## Gleiche Chancen auch für Kinder mit Handicap!

Teilhabe am gemeinsamen Leben und Lernen im Kindergarten, in der Schule, in der Freizeit – das ist das Recht aller Kinder und Jugendlichen mit und ohne Handicap. In der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung wurde dieses Recht ausdrücklich formuliert und die Umsetzung von allen UN-Mitgliedstaaten eingefordert.

DIE LINKE setzt sich für die uneingeschränkte Teilhabe in allen Bereichen für Menschen mit Handicap ein – das gilt auch für Kinder und Jugendliche. Dazu bedarf es eines Diagnose- und Frühfördersystems, das Kindern mit Handicap und deren Eltern frühzeitig die notwendige Hilfe gewähren kann. Das gemeinsame Aufwachsen und Lernen in Kita und Schule, die Inklusion, muss der Regelfall werden. Allerdings darf Inklusion nicht als Sparmodell erhalten. Kinder mit Handicap benötigen speziell ausgebildete Erzieher\*innen und Lehrer\*innen, sie brauchen kleine, überschaubare Gruppen, spezielles Spiel- und Lernmaterial. Sie benötigen Räumlichkeiten zum Toben und Bewegen, aber auch zusätzliche Räume zum Ausruhen und Entspannen. Bei Bedarf muss ihnen zur Bewältigung der Alltagssituationen ein\*e Integrationshelfer\*in in Kita, Schule und Freizeit zur Seite stehen.

Eltern muss es grundsätzlich möglich sein selbst zu entscheiden, ob ihr Kind eine inklusive Einrichtung – integrative Kita oder Schule des gemeinsamen Lernens – oder eine speziell auf das Bedürfnis des Kindes ausgerichtete Fördereinrichtung – Kita bzw. Förderschule – besuchen soll.

DIE LINKE dringt deshalb auf:

- Den Ausbau der Frühförderung für Kleinkinder mit Handicap.
- Die Einstellung ausreichender Integrationshelfer\*innen auch in Kitas, Grundschulen und Förderschulen.
- Den zügigen Aus-/Umbau der Karl-Kind-Förderschule, damit für alle Kinder mit Förderbedarf ausreichend Platz zum Lernen bereitsteht.

- Die Ausstattung der Förderschulen und Schulen des Gemeinsamen Lernens mit Materialien und Medien, die den neuesten pädagogischen Erkenntnissen genügen.
- Den barrierefreien Zugang zu allen Räumen von Kitas und Schulen.
- Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Erzieher\*innen und Lehrer\*innen, die Kinder mit Handicap betreuen bzw. unterrichten.

# Kinder und Jugendliche

## Eine glückliche Kindheit für alle Kinder in Remscheid!

Für DIE LINKE ist es wichtig, dass alle Kinder in Remscheid gesund und glücklich aufwachsen können. Jedes Kind soll gemäß seinen individuellen Bedürfnissen eine optimale Chance auf gute Bildung und Teilhabe an allen sozialen, kulturellen, sportlichen und pädagogischen Angeboten erhalten.

Leider sind die Ausgangs- und Lebenssituationen der Kinder in Remscheid ausgesprochen unterschiedlich. Nicht alle finden im Elternhaus die Bedingungen und die soziale Umgebung vor, die sie für ein gedeihliches Aufwachsen benötigen. Mittlerweile wächst fast jedes vierte Kind in Remscheid in Armutsverhältnissen auf. Leider ist diese Zahl in den letzten 10 Jahren kontinuierlich gestiegen: 2009 war es noch jedes sechste Kind. Kinderarmut hat Auswirkungen auf die gesamte Entwicklung eines Kindes, sie beeinträchtigt Gesundheit, Teilhabe und Bildungschancen.

Kinderarmut ist immer auch Familienarmut. Diese ist auf Einkommensarmut zurückzuführen, deren Gründe wiederum in geringfügiger Beschäftigung, Dumpinglöhnen, dem Angewiesensein auf Transferleistungen liegen. Auf kommunaler Ebene können die Ursachen nicht beseitigt werden, wohl aber können und müssen die Auswirkungen auf die Kinder gelindert und deren Lebensbedingungen verbessert werden.

18

Um dieses Ziel zu erreichen, hat sich DIE LINKE in der vergangenen Legislaturperiode eingesetzt für:

- Den Ausbau der Kindergartenplätze.
- Gesundes Essen in den Kitas.

- Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kindertagespfleger\*innen.
- Den Ausbau und die Renovierung der Spielplätze.
- Die Verbesserung der personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung der OGS.
- Eine verbesserte finanzielle Ausstattung aller freien Träger im Offenen Ganzttag (auch der OGS an den Förderschulen).
- Die Einführung eines kostenlosen Sportgutscheins für Kinder von 4 bis 6 Jahren (bei Kindern in Armut ohne Anrechnung auf Transferleistungen!)

Nicht alle Forderungen der LINKEN konnten gegen die Stimmen der erdrückenden Mehrheit von CDU, SPD und oft auch der Grünen durchgesetzt werden, dennoch sind sie nicht vom Tisch. Deshalb setzen wir uns weiterhin intensiv ein für:

- Den weiteren raschen Ausbau der Kindertagesplätze und den Neubau von Kindergärten.
- Den Bau mindestens eines Kindergartens in städtischer Hand.
- Die Verbesserung der Arbeitsverträge der Kindertagespfleger\*innen.
- Das Einhalten der Standards für gesundes Essen in den Kitas nach den Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung.

## **Kindertagespflege- und Kindergartenbesuch für alle Kinder.**

Zurzeit fehlen 800 Kita-Plätze in Remscheid – Bedarf steigend. Man muss davon ausgehen, dass bis 2022 1 000 (!) zusätzliche Kita-Plätze entstehen müssen. Es ist deshalb unerlässlich, dass die bisherigen Anstrengungen der Stadt Remscheid deutlich erhöht werden müssen. Für DIE LINKE heißt das, die Verwaltung personell so auszustatten, dass Genehmigungsverfahren beschleunigt werden und auch bei auftretenden Problemen zügiger gehandelt werden kann. Zum anderen sollte die Stadt Remscheid wenigstens bei einem Kindergarten als Investor und Träger auftreten, womit die oft zeitraubende Suche nach geeigneten Investoren und Trägern deutlich

verkürzt würde und die Stadt zudem ihre Verantwortung für ihre jüngsten Bürger sichtbar wahrnehme.

Oft bedeutet der Kindergartenbeitrag für Eltern mit geringem Einkommen, besonders wenn sie alleinerziehend sind, eine hohe finanzielle Belastung, weil der Beitrag einen großen Teil des Familieneinkommens beansprucht. DIE LINKE fordert daher, die Elternbeiträge für den Kita-Besuch grundsätzlich abzuschaffen. Da diese Forderung angesichts der herrschenden politischen Mehrheiten kaum Aussicht auf Erfolg hat, soll in einem ersten Schritt zumindest die Beitragsfreigrenze von 18 000 auf 30 000 angehoben werden. Das käme besonders den Familien mit geringen Einkommen zugute und wäre eine deutliche Maßnahme gegen prekäre Lebensverhältnisse!

Weiterhin wird sich DIE LINKE einsetzen für:

- Die Einführung eines kostenlosen Gutscheins für Kinder von 4 bis 8 Jahren für musische Bildung (Musikalische Früherziehung / Besuch der JMKS / Besuch der Tanzschulen / Theaterspielen).
- Die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Renovierung und Sanierung sowie den weiteren Ausbau von Kinderspielplätzen im Stadtgebiet.
- Die Erhöhung des kommunalen Anteils an den Kosten der OGS zur Verbesserung vor allem der Personalsituation (mit Bezahlung nach Tarif!).
- Die Verbesserung der räumlichen Situation der OGS an allen Grundschulen und an den Förderschulen.

## Mehr Freiräume und Unterstützung für Jugendliche!

In der vergangenen Legislaturperiode hat sich DIE LINKE immer wieder eingesetzt für den Erhalt bzw. die Fortführung der Schulsozialarbeit nach BuT an den Remscheider Grund- und weiterführenden Schulen. Einerseits unterstützen die Schulsozialarbeiter\*innen Eltern dabei ihnen zustehende Transferleistungen einzufordern, andererseits haben sie darüber hinaus vielfältige Aufgaben im sozialen Miteinander an Schulen, in Gruppenarbeit zu unterschiedlichsten Themen sowie zur Berufsfindung und -vorbereitung. Es ist nicht hinnehmbar, dass diese wichtige Arbeit immer wieder aus finanziellen Gründen zur Disposition steht. Dies zerstört die Kontinuität der Arbeit und verunsichert die Mitarbeiter\*innen, die jedes Mal um den Verlust ihres Arbeitsplatzes fürchten müssen.

DIE LINKE fordert die Verwaltung deshalb auch für die nächste Legislaturperiode auf:

- Alle Plätze der Schulsozialarbeit zu erhalten.
- Druck auszuüben auf Land und Bund, damit die Schulsozialarbeit weiter finanziert wird.
- Den kommunalen Anteil an der Finanzierung so zu erhöhen, dass diese wichtige gesellschaftliche Arbeit langfristig gesichert ist, zur Not auch ohne die Beteiligung von Land und Bund.
- In der Vergangenheit wurde auf Grund von Einsparungen der Jugendtreff „RIC“ am Markt geschlossen. Dadurch fiel eine wichtige Anlaufstelle für junge Menschen in der Innenstadt ersatzlos weg. Die Jugendlichen suchten sich naturgemäß andere – nicht immer adäquate – Treffpunkte, was zu erheblichen Konflikten führte.

Um den Jugendlichen in der Innenstadt wieder Aufenthaltsmöglichkeiten zu schaffen, pocht DIE LINKE darauf:

- Dringend ein Jugendzentrum/ einen Jugendtreff in der Innenstadt zu schaffen. Außerdem muss es in den Stadtteilen jeweils einen „Kümmerer“ (Streetworker) geben, der sich nicht nur um die Belange alter Menschen kümmert, sondern auch den Jugendlichen als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung steht.
- In den Stadtteilen wohnortnahe Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, die Kinder und Jugendliche aufsuchen können, die in schwierigen Lebens- und/oder Wohnverhältnissen aufwachsen, damit sie dort ungezwungen Lernen und ihre Freizeit verbringen können.
- Alle freien Träger auskömmlich zu finanzieren, wobei die jährlichen Kostensteigerungen zu berücksichtigen sind.

## Senior\*innen

### Altern in Würde und sozialer Sicherheit!

Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert.

Auf Bundesebene fordert DIE LINKE eine Grundsicherung durch eine solidarische Mindestrente, die für alle Menschen im Alter ein Nettoeinkommen oberhalb der Armutsgren-

ze gesetzlich sichert.

Die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit ist für Senior\*innen ein unabdingbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für unsere Stadt.

Zur Sicherstellung der Generationengerechtigkeit in Remscheid fordern wir die Erstellung eines langfristig konzipierten und kontinuierlich zu aktualisierenden kommunalen Altenplans. Dieser muss in Zusammenarbeit mit der Politik, der Verwaltung und dem Seniorenbeirat unter Einbeziehung möglichst vieler älterer Menschen die Inhalte und Richtlinien für die kommunale Seniorenpolitik festlegen. Dadurch soll vor allem der gesellschaftlichen Ausgrenzung der Senior\*innen entgegengewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden. Der Propaganda vom „demographischen Wandel“ als gesellschaftlichem Problem und allen Formen von Altersdiskriminierung treten wir entschieden entgegen!

DIE LINKE tritt ein für:

- Die Förderung älterer Arbeitnehmer\*innen.
- Die Berücksichtigung älterer Menschen bei Einstellungen in der Verwaltung bzw. in kommunalen Eigenbetrieben.
- Ein passgenaues und individuelles Beratungsangebot für Senior\*innen sowie die Erhaltung und bessere Ausstattung des Seniorenbüros.
- Die Förderung und Unterstützung von Selbsthilfeprojekten und der Mitarbeit in der Politik.
- Den Bau und Ausbau bedarfsgerechter, barrierefreier sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen.
- Das Sicherstellen einer ausreichenden Zahl an Pflegeplätzen.
- Den Bau von Seniorenwohnanlagen in zentraler Lage sowie die Förderung von Wohnprojekten für Wohngemeinschaften wie Senioren-Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser.
- Die Förderung der Mobilität der Senior\*innen mittels ÖPNV.
- Das Schaffen von dezentralen Einkaufsmöglichkeiten in den Stadtteilen – deren Berücksichtigung bei der Stadtplanung.

- Unbefristete Arbeitsverträge und versicherungspflichtige, nach Tarif entlohnte Arbeitsverhältnisse für alle Pflegekräfte in städtischer Verwaltung.

# Stadtentwicklung

## Eine Stadt für die Menschen, nicht für den Profit einiger weniger!

Leben, Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Bildung, Bewegung, Freiraum und Gemeinschaft – das sind die Ansprüche und Bedürfnisse, die die Menschen an ihre Stadt haben. An diesen Bedürfnissen muss sich die Stadtplanung orientieren.

Immer mehr Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele Bebauungspläne in den Großstädten werden mit Klagen belegt. DIE LINKE spricht sich vor diesem Hintergrund nicht für weniger, sondern für mehr Bürgerbeteiligung an der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen insbesondere für größere Vorhaben aus. Einsprüche gegen Bebauungspläne müssen ein größeres Gewicht erhalten. Die Verfahren müssen stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen setzen und weniger auf die Durchsetzung der Interessen von Investoren.

Grund und Boden gehören Allen und dürfen nicht für die Interessen einiger Investoren veräußert werden, denn Grund und Boden sind ein nicht vermehrbares Gut.

DIE LINKE setzt sich deshalb ein für:

- Eine aktive Bodenpolitik, die die Interessen und Bedürfnisse der Bürger\*innen berücksichtigt.
- Die Den Erhalt aller verfügbaren Flächen in kommunalem Besitz.
- Die Vergabe von Nutzungsrechten für Gewerbeflächen in kommunalem Besitz nur in Erbpacht.
- In Remscheid wurden in der nahen Vergangenheit viele Immobilien und Flächen an Investoren veräußert, ohne dass dabei die Interessen der Bürger\*innen beachtet wurden. Zum Beispiel wurden die denkmalgeschützten Objekte Bökervilla und Amtgericht Lennep durch Verkauf den Bürger\*innen entzogen. Der Kirmesplatz und das Röntgenstadion sollen für ein geplantes Designer-Outlet-Center verkauft werden, durch das den Bürger\*innen in Lennep ein Verkehrschaos droht; das Sta-

dion verschwindet aus dem Zentrum des Stadtteils. DIE LINKE hat sich immer gegen solche Verkäufe für Profite von Investoren ausgesprochen und wird es weiterhin tun.

- Weitere Großprojekte drohen, die mit erheblichem Flächenverbrauch und der Zerstörung von Natur einhergehen, wie die Gewerbegebiete Gleisdreieck und Erdbeerfelder. Diese Planung passt nicht mehr in eine Zeit, in der die Zerstörung der Lebensgrundlagen deutlich spürbar geworden ist.
- DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, die Einwicklung von Gewerbegebieten an verschiedene Bedingungen zu knüpfen:
- Die vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe.
- Die Anwerbung und Ansiedlung von nachhaltig wirtschaftenden Betrieben.
- Die Bevorzugung von Betrieben, die sich zu Tarifbindung und Mitbestimmung bekennen. Dies dient auch zur Profilbildung der Stadt.
- Das strikte Vermeiden von Versiegelung und Zerstörung ökologisch wertvoller Flächen.

### **Das Stadtzentrum Quartiere bürgerfreundlich gestalten!**

In vielen kleinen und mittleren Städten schließen in den Einkaufsstraßen die Geschäfte. Ähnliche Tendenzen sind in der Alleestraße zu beobachten. Es gibt längst Konzepte, wie dem sog. Tradingdown-Effekt entgegengewirkt werden kann. Eine intelligente Stadtplanung kann hier ein Zentrum mit neuen Schwerpunkten schaffen: Dienstleistungen, urbane Produktion (d.h. Handwerk und Gewerbe ohne schädliche Emissionen), Gastronomie, Plätze mit Aufenthaltsqualität, soziale Infrastruktur wie bürgernahe Dienstleistungen und Zentren für verschiedene Gruppen, ebenso Wohnraum und Frei- und Grünflächen können hier ein belebtes Zentrum entstehen lassen. Der nahe Friedrich-Ebert-Platz sollte hauptsächlich einer funktionierenden Abwicklung des ÖPNV dienen, mit dem Quartiere und umliegende Kommunen komplikationslos zu erreichen sind. In der geplanten Form ist er aus unserer Sicht kein fortschrittliches Projekt, weil er künftige Anforderungen an den ÖPNV nicht ausreichend berücksichtigt.

Der Stadtpark ist ein Ort von zentraler Bedeutung und gemeinsam mit den Bürger\*innen



zu gestalten. Naturnahes Grün, das dem Erlebnis und der Erholung dient, ist ebenso wichtig wie ein Gewässer. Beides hat auch Auswirkung auf das Mikroklima vor Ort. Daher muss auch der Stadtparkteich wiederhergestellt werden. Ebenso wichtig sind ein Wasserspielplatz, ein interkulturelles Café und Ruhebereiche. Der naturnahen Gestaltung und dem Schutz der Natur muss bei der Stadtentwicklung eine immer größere Bedeutung zukommen.

Privaten Besitzern kleiner denkmalgeschützter Häuser, denen die Stadt teils erhebliche Auflagen macht, muss sie zur Erhaltung der schützenswerten Bausubstanz unterstützend unter die Arme greifen, denn die Schönheit und Liebenswertigkeit unserer Stadt ist ein Anliegen der Allgemeinheit.

Der naturnahen Gestaltung und dem Schutz der Natur müssen auch bei der Stadtentwicklung immer größere Bedeutung eingeräumt werden. Auch für die Quartiere müssen bürgernahe Konzepte entwickelt werden, die die Aufenthalts- und Wohnqualität steigern. Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum, Frei- und Grünflächen, die auch durch Bürger\*innen, z.B. im Rahmen von „Urban Gardening“ (Flächen zum Selbergärtnern in der Stadt) gestaltet werden können, und kleinteilige Gewerbeflächen für Dienstleister und Nahversorger.

DIE LINKE will:

- Die Planung und Umgestaltung des Innenstadtbereichs als Zentrum mit neuer Aufenthaltsqualität.
- Die Neuplanung des Friedrich-Ebert-Platzes als Busbahnhof, der auch zukünftige Bedürfnisse berücksichtigt.
- Die Neugestaltung des Stadtparks als grüne Oase in Remscheid.
- Die bürgerfreundliche Weiterentwicklung der Quartiere und die quartiersnahe Versorgung mit dem Lebensnotwendigen.

# Verkehr

## Mehr bürgernaher ÖPNV und ökologischer Individualverkehr!

Auf dem Weg in eine CO<sub>2</sub>-neutrale Zukunft ist der Verkehrssektor der einzige Bereich, in dem es keine Fortschritte gibt. Ganz im Gegenteil: In diesem Sektor sind in Remscheid und im gesamten Bundesgebiet die Emissionen in den letzten Jahren sogar gestiegen. Jedes Jahr werden in Remscheid mehr private PKW angemeldet, während gleichzeitig die Nutzer\*innen des ÖPNV immer weniger werden. Das stellt nicht nur für den Kampf gegen den Klimawandel ein Problem dar, auch die Belastung der Gesundheit durch Feinstaub, Unfälle und Lärm sowie der Flächenverbrauch und die kostenintensive Aufrechterhaltung der Infrastruktur, stellen Remscheid und seine Bürger\*innen vor Probleme. Daher ist es für DIE LINKE unabdingbar diesem Trend entgegenzuwirken. Indem der ÖPNV infrastrukturell ausgebaut und vergünstigt wird, sollen die Bürger\*innen motiviert werden ihn häufiger zu nutzen und das Auto stehen zu lassen. Menschen ohne Auto dürfen nicht benachteiligt werden; der ÖPNV muss auch in Tagesrandlagen eine zuverlässige Beförderung ohne Umwege gewährleisten.

DIE LINKE fordert als Basis der Verkehrswende und als Vorstufe hin zu einem fahrscheinlosen ÖPNV die Entwicklung und Einführung innovativer Konzepte für einen kostengünstigeren und besser ausgestatteten ÖPNV. Das soll z.B. durch ein solidarisches Bürgerticket nach dem Vorbild der Wuppertaler Bürgerinitiative geschehen sowie durch eine bessere Anbindung an die umliegenden Städte, eine höhere Frequenz der Abfahrtszeiten auch in entlegenen Gegenden am Stadtrand und in den Abendstunden sowie nachts.

Um eine Verkehrswende in Remscheid weiter voranzutreiben, möchte DIE LINKE neben der langfristigen Umstrukturierung des ÖPNV folgende kurzfristig erreichbaren Vorschläge umsetzen:

- Den Ausbau und die Finanzierung der Bürgerbusse, die eine Anbindung der entlegenen Gebiete gewährleisten.
- Sozialtickets für alle Geringverdiener und Sozialleistungsbezieher.
- Eine bessere ÖPNV-Anbindung an die umliegenden Städte.
- Die verkehrsfreie Innenstadt. Sowohl die Alleestraße in der Innenstadt als auch die Altstadt in Lennep und die Stadtteilzentren sollen weitgehend vom privaten Autoverkehr befreit werden. Besonders die Altstadt in Lennep soll nur noch für

Anlieger befahrbar sein. Dafür sollen dort in Zukunft (Klein-)Busse halten, die Personen direkt zu den Verkehrsknotenpunkten und anderen Stadtteilzentren transportieren (selbstfahrende, sog. Olli-Busse).

- Den Erlass einer nachhaltigen Stellplatzverordnung.
- Einen autofreien Sonntag im Jahr als Stadtfest. So sollen die Bürger\*innen ein Gefühl für die Vorteile einer autofreien Stadt vermittelt bekommen und den von Autos belegten Platz für einen Tag zurückgewinnen.
- Den Ausbau der Infrastruktur für Elektrofahrzeuge und Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb.
- Die Umstellung der stadteigenen Fahrzeugflotte auf klimafreundliche Antriebe.
- Den Ausbau der Radwege und der Infrastruktur für Fahrräder (z.B. Errichten von Fahrradbügeln und -boxen zum Abstellen).
- Eine autofreie Ratssitzung nach dem Vorschlag der Fridays-for-Future-Gruppe Remscheid.

## Grünflächen und Wald

### Eine gesunde Natur erhalten für die Remscheider

### Bürger\*innen!

Die ökosoziale Wende ist ein Kernanliegen der LINKEN in Remscheid. Die Fortschritte in der Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen sind zu gering, um die selbstgesteckten Klimaziele der Stadt Remscheid zu erreichen. Aber nicht nur der Kampf gegen den Klimawandel ist ein Problemfeld in der Umweltpolitik der Stadt. Auch der Kampf gegen die Müll- und Plastikflut, gegen das Artensterben und die Anpassung an den Klimawandel geraten ins Stocken oder werden durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ad absurdum geführt. Durch geplante Großprojekte und Investitionen werden beispielsweise im Stadtgebiet und besonders im Stadtteil Lennep großflächig Stadtbäume gefällt, die nicht nur für das Mikroklima wichtig sind, sondern auch für die Gesundheit der Bürger\*innen und die

Artenvielfalt der Stadt. Da die immense und positive Bedeutung von Grün- und Freiflächen im Stadtgebiet nicht zu unterschätzen ist, setzt sich DIE LINKE für deren Erhalt und Ausbau ein.

Dazu engagiert sich DIE LINKE für:

- Die generelle Verschärfung der Baumschutzordnung.
- Die Ausweisung von Baumpatenschaften.
- Ein Grünflächenkataster für potenzielle Anbauflächen für Bäume (auch auf Privatgrundstücken) und die konsequente Aufforstung im Stadtgebiet.
- Die Unterstützung der Forderungen der Fridays-for-Future-Bewegung.
- Neben dem Baumbestand muss die Stadt Remscheid auch dringend in anderen Bereichen „grüner“ werden. Unversiegelte Flächen, Hecken und Sträucher, Wasserflächen und Wiesen spielen eine ebenso wichtige Rolle bei der Anpassung an den Klimawandel und für die Artenvielfalt wie Bäume. DIE LINKE setzt sich deshalb für deren Schutz, Erhalt und für Ausbau ein.

Dazu schlägt DIE LINKE folgende Maßnahmen vor:

- Neuer und strengerer Flächenversiegelungs-Plan sowie Entsiegelung alter, ungenutzter Flächen.
- Die Einführung einer Grünplatzverordnung für Neubauten. Ähnlich wie bei einer Stellplatzverordnung soll bei Neubauten eine nach Gebäudegröße bemessene begrünte Fläche nachgewiesen werden müssen. Das kann auch eine Dach- oder Fassadenbegrünung sein.
- Aufstockung der finanziellen Mittel für den Erhalt und Ausbau innerstädtischer Grünflächen.
- Dachbegrünungspflicht bei neuen Bushaltestellen.
- Verbot von sogenannten Schottergärten und privaten Kunstrasenflächen.
- Entwicklung eines Konzepts zur Vermeidung von Lichtverschmutzung.
- Die Stadt Remscheid soll im Sinne der ökologischen Nachhaltigkeit nicht nur Forderungen an die Bürger\*innen stellen, sondern selbst Vorbild sein. DIE

LINKE plädiert deshalb für ein strengeres nachhaltiges Handeln der Stadt und ihrer Tochterunternehmen. Die Stadt soll zudem ökologisch nachhaltige zivilgesellschaftliche Projekte wie Foodsharing oder Urban Gardening unterstützen.

Daher votiert DIE LINKE für:

- Die Bereitstellung öffentlicher Räume für Lebensmittelretter Initiativen.
- Die Stärkung der Remscheider Wochenmärkte, auf denen regionale und nachhaltig produzierte Waren verkauft werden.
- Die Verpachtung der kommunalen landwirtschaftlichen Nutzflächen für den ökologischen Landbau.
- Die Bewirtschaftung kommunaler Wälder und Gewässerflächen nach ökologischen Gesichtspunkten.
- Die Förderung der Remscheider Kleingartenanlagen.

## Energie

### Energiewende für Remscheid – jetzt!

DIE LINKE will, dass die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv an der Gestaltung der Energiewende teilnimmt.

So verlangt DIE LINKE, dass:

- Die Angebote der EWR Schritt für Schritt auf Ökostrom umgestellt werden.
- Die Stadt die dezentrale Energiegewinnung unterstützt.
- Die Stadt mittelfristig eine vollkommene Rekommunalisierung der Stadtwerke Remscheid vorantreibt.
- Die Stadt neue Initiativen für Solarenergie unterstützt.

# Kultur

## Weiterbildung und kulturelle Bildung für Alle:

### Angebote ausbauen!

Kulturelle Bildung findet nicht nur an Schulen statt, sondern auch in Theatern, Kunst- und Musikschulen, Medienwerkstätten, Bibliotheken oder Museen, Kulturhäusern und soziokulturellen Zentren. Kulturelle Einrichtungen und Initiativen sind damit nicht nur Kulturanbieter, sondern auch Lernorte für Demokratie und Dialog, für die Entfaltung von Kreativität und sozialer Kompetenz - und müssen deshalb finanziell und personell angemessen ausgestattet sein.

In Remscheid wurden vor einigen Jahren drei Einrichtungen, die lebenslanges Lernen unterstützen - die Öffentliche Bibliothek, die Volkshochschule und die Musik- und Kunstschule - zum Kommunalen Bildungszentrum zusammengeschlossen.

Die Öffentliche Bibliothek hat den Auftrag, für alle Bürger\*innen einen wichtigen Beitrag zur Einlösung des verfassungsrechtlich verbrieften Grundrechts zu leisten, „sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“ (Grundgesetz Artikel 5, Absatz 1). Sie leistet wesentliche Arbeit im Bereich der Förderung der Lese- und Medienkompetenz, befriedigt unterschiedlichste Informations- und Unterhaltungsbedürfnisse und ist ein Ort des Lernens, der Kultur und der Begegnung.

Im Kontext der Digitalisierung, des demografischen Wandels und der Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft verändern sich die Ansprüche an Bibliotheken deutlich. Vor allem ein Schlagwort belebt die aktuelle Fachdiskussion um neue Konzepte und ist inzwischen auch in den politischen Gremien und in der Stadtverwaltung angekommen: die Bibliothek als sogenannter Dritter Ort. Der aus der Soziologie entlehnte Fachbegriff beschreibt die Strategie, sich als Erlebnisraum neben Arbeit und Wohnung zu entwickeln - leicht zugänglich, einladend, multifunktional eingerichtet und ohne Konsumzwang zu nutzen.

30

Damit die Remscheider Bibliothek ihr Angebot entsprechend weiterentwickeln kann - ohne dabei ihre Funktion als Wissens- und Bildungseinrichtung zu vernachlässigen - setzt sich DIE LINKE ein für:

- Keine weiteren Einsparungen im Bibliotheksbereich - auch nicht in Zeiten angespannter städtischer Haushalte.
- Zusätzliche finanzielle Mittel für die Zentralbibliothek und gegebenenfalls auch die

Stadtteilbibliotheken, um die Aufenthaltsqualität in den Gebäuden zu erhöhen (Innenausstattung), die digitale Grundausstattung zu verbessern und einen Experimentier- und Computerspiele(Gaming)-Bereich einzurichten.

- Kostenloses WLAN und freien Internetzugang in allen Publikumsbereichen der Bibliotheken.
- Einen mindestens vierstelligen Etat für Lesungen und andere Veranstaltungen.
- Zusätzliches Personal für die kulturpädagogische Arbeit.
- Es wird zunehmend eine Sonntagsöffnung von Bibliotheken gefordert. Da Remscheid eine Stadt ohne eigenständige Universität ist und die Öffnungszeiten der Bibliothek nach Ansicht DER LINKEN auch für Berufstätige ausreichend sind, ist es nicht unbedingt erforderlich am Sonntag eine Bibliothek aufzusuchen.

DIE LINKE fordert daher:

- Für die Bibliotheksangestellten den Sonntag als allgemein freien Tag zum Schutz der Familie zu erhalten.
- Eine begrenzte Sonntagsöffnung allenfalls bei Bereitstellung von zusätzlichem Personal umzusetzen.

Der öffentliche Bildungsauftrag für Erwachsenen- und Weiterbildung beinhaltet das Recht auf Lernen in jedem Alter für gesellschaftliche, berufliche, kulturelle oder persönliche Ziele. Die Volkshochschule ist als örtliches, wohnortnahes Zentrum für Weiterbildung anerkannt und gefragt.

Das Angebot der dritten Kultur- und (Weiter-)Bildungseinrichtung, der Musik- und Kunstschule, richtet sich an Musik- und Kunstinteressierte aller Altersgruppen und Kulturen. Entsprechend ihrem gesellschaftlichen Auftrag, weckt und fördert sie musische Anlagen und Kreativität.

Damit individuell aufzubringende Entgelte nicht zum Teilnahmehindernis werden, sieht die DIE LINKE als unerlässlich an:

- Eine Aufstockung der kommunalen Finanzmittel für die Weiterbildung bei Kursen, die der Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf und dem Nachholen von Schulabschlüssen dienen, sowie bei Integrationskursen.
- Eine ebensolche Aufstockung für MKS-Angebote, um Kindern und Jugendlichen

aus einkommensschwachen Familien eine kostenfreie Teilnahme zu ermöglichen (Kulturgutschein).

- Prekäre Arbeit in den Bereichen VHS und MKS abschaffen!

In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wird völlig selbstverständlich hingenommen, dass Unterrichtstätigkeit vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird, unter ihnen prekär Beschäftigte, die gering vergütet das Ausfall- und Krankheitsrisiko ebenso selbst tragen wie die Kosten ihrer sozialen Sicherung. Ihr Einkommen erreicht nach Abzug aller Abgaben oft nur die Höhe von Geringverdienern, viele müssen „aufstocken“! Damit ist Altersarmut vorprogrammiert.

Deshalb setzt sich DIE LINKE ein für:

- Eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung dieser Bildungsbereiche, damit mehr feste Stellen und tarifliche Bezahlung ermöglicht beziehungsweise entsprechend hohe Honorare mit sozialer Absicherung (wieder) eingeführt werden. Die Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen.

## Öffentliche Kultur ist Kultur für Alle!

Kultur ist ein wichtiger Aspekt der Lebensqualität, Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Verständigung. Vor Ort erlebbare und gestaltbare Kultur stiftet Identifikation der Einwohner\*innen mit ihrer Stadt und kann einen Beitrag zur Verständigung unterschiedlicher Kulturen und somit auch zur Integration leisten. Kurzum: Ein vielfältiges kulturelles Angebot ist von zentraler Bedeutung für die Attraktivität einer Stadt.

Doch in Remscheid sind in diesem Bereich seit vielen Jahren Fehlentwicklungen feststellbar – die öffentliche Kultur wird offenbar viel zu wenig geschätzt, dementsprechend zu wenig gefördert, teilweise wurde sie sogar zerstört. Die überregional anerkannte städtische Galerie zum Beispiel wurde geschlossen, die zur Bibliothek gehörende Graphothek auf die reine Ausleihmöglichkeit von Bildern reduziert, der städtische Kunstbesitz gammelt still vor sich hin, die freie Kunstszene wird nur in geringem Umfang und nur projektbezogen gefördert, Theater- und Konzertkarten werden teurer und teurer...

Für DIE LINKE ist die angemessene Finanzierung von Kunst und Kultur kein Luxus, sondern eine gesellschaftspolitisch wichtige Zukunftsinvestition. Ein breites kommunales Kulturangebot muss für alle Menschen – auch wenn sie nur über ein geringes



Einkommen oder eine kleine Rente verfügen – zugänglich und erlebbar sein.

DIE LINKE steht ein für:

- Die flächendeckende Einführung eines „Löwenpasses“ (Sozialpass), der unbürokratisch ermäßigte Eintritte in die öffentlichen kulturellen Einrichtungen ermöglicht, für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen einschließlich Wohngeld beziehen.
- Die Schaffung eines zentral gelegenen, öffentlichen Raumes für Ausstellungen zeitgenössischer Kunst sowie für die Präsentation namhafter, aus Remscheid stammender Künstler\*innen. Diese Einrichtung sollte mit einem ausreichenden Etat für Transporte, Versicherungen, Eröffnungen, Werbung und Personal ausgestattet werden.
- Die Fortschreibung der finanziellen Unterstützung des traditionsreichen und anerkannten Orchesters der Städte Remscheid und Solingen, der „Bergischen Symphoniker“.
- Die Einrichtung eines Kunst- und Kulturbeirats mit Architekt\*innen, Bildenden Künstler\*innen, Kunsterzieher\*innen und anderen Kulturschaffenden.
- Die Wiedereinrichtung einer städtischen Kunst- und Kulturkoordinierungsstelle (beim Kulturamt) als einer Vermittlungsstelle zwischen „freier“ und „öffentlicher“ Kulturszene.
- Die Aufarbeitung des städtischen Kunstbesitzes.
- Die Erhöhung der Fördermittel für die freie Kunstszene, um die wichtige Arbeit angemessen zu unterstützen, die beispielsweise die Kulturinitiative „ins blaue“, „Die Welle e.V.“, das WTT und andere leisten.
- Die Rücknahme der Etatstreichung für die Graphothek, um dieser zum Kommunalen Bildungszentrum, Abteilung Bibliothek, gehörenden Einrichtung wieder Ausstellungen und Ankäufe zu ermöglichen.
- Das Ausweisen von Flächen, die für Graffiti und Straßenkunst freigegeben sind (Graffiti-Kataster).
- Die Bereitstellung eines Spülmobils, um den Verbrauch von Einweggeschirr zu reduzieren.

# Sport

## Sport als Teil der kulturellen Identität begreifen und fördern!

Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaftserleben und kultureller Teilhabe. Sport sollte uns das ganze Leben begleiten. Angefangen von Bewegung und einfachen Übungen im Vorschulalter über den Schulsport, sportliche Freizeitbetätigung im Kindes-, Jugend- und Erwachsenenalter bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter.

Hierfür hat die Kommune Remscheid – wie alle Kommunen – die Aufgabe zum Ausbau und Erhalt der sportlichen Infrastruktur. Sporthallen, Sportplätze, Schwimmbäder und öffentliche Sportstätten sind in ausreichendem Umfang für die Bevölkerung bereitzustellen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder.
- Die Erhaltung und den Ausbau barrierefreier wohnortnaher Sportstätten.
- Die besondere Förderung der Teilhabe von Mädchen und Frauen am Sport.
- Die verbesserte öffentliche und steuerliche Anerkennung des Ehrenamtes.
- Die besondere Förderung von Vereinen und Projekten, die einen hohen Anteil an Kindern, Jugendlichen, Migrant\*innen, Menschen mit Behinderungen und/oder Menschen mit geringem Einkommen integrieren.

In Remscheid wird von der Verwaltung sowie einigen Parteien ohne konkrete Untersuchungen pauschal behauptet, dass die Zahl der aktiven Sportler zurückgehe. Wenn dies so sein sollte, dann dürfen wir uns in Remscheid damit nicht zufrieden geben und diesen Trend einfach hinnehmen. Völlig falsch wäre es, weitere Sportstätten zu schließen und so die Möglichkeit Sport zu treiben zu verringern. Hier hilft nur ein verbessertes Angebot.

34

Tatsache ist, dass alle Fußballvereine, die z.B. in den letzten Jahren einen Kunstrasenplatz erhalten haben, sich großer Mitgliederzuwächse erfreuen.

Grundsätzlich fordert DIE LINKE:

- Die Sportstätten müssen dringend ausgebaut werden!

Kurzfristig sind für Die LINKE folgende Maßnahmen vordringlich:

- Erhaltung des Sportplatzes Neuenkamp und seine Ausstattung mit umweltfreundlichem Kunstrasen.
- Dringende grundlegende Sanierung des Freibads Eschbachtal, um dieses Freizeitangebot für die Remscheider Bürger\*innen zu erhalten.
- Bau einer Dreifachsporthalle in der Innenstadt, damit der Schul- und Vereinssport sichergestellt wird.
- Erhaltung des Röntgenstadions.

DIE LINKE lehnt den Bau eines DOC aus unterschiedlichen Gründen ab. Für den Sport bedeutet der Bau des DOC die Aufgabe des Röntgenstadions mit Rasenplatz und die durch Baumaßnahmen schon erfolgte Schließung eines Tennisplatzes.

- Als Ersatz für das Röntgenstadion ist von der Verwaltung geplant, die Sportanlage Hackenberg mit zwei Kunstrasenplätzen zu einem Ersatzstadion auszubauen. Finanziert werden soll dies – wie alle im Zusammenhang mit dem DOC stehenden Baumaßnahmen – aus dem Verkaufserlös des Geländes, 15 Millionen Euro. Dies reicht wahrscheinlich aber bei weitem nicht aus. Für den Ausbau von Hackenberg waren 10,6 Mill. veranschlagt, 2018 jedoch bereits Mehrkosten von 2,4 Mill. errechnet. Unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Kostensteigerungen im Bauwesen ist nach seriösen Berechnungen schon jetzt mit Kosten von ca. 15 Millionen Euro für den Umbau der Sportanlage Hackenberg zu rechnen. Bei Berücksichtigung aller Kosten für die anderen notwendigen Ersatzmaßnahmen und die zu erwartenden Mindereinnahmen wegen Schadstoffbelastungen im Stadionboden ist das ein finanzielles Fiasko in einer Größenordnung von über 4 Millionen Euro.

Für DIE LINKE ist unabdingbar:

- Den geplanten Aus- und Umbau des Sportplatzes Hackenberg trotz der desolaten Finanzplanung in vollem Umfang durchzuführen, falls das Röntgenstadion durch den Verkauf für das DOC aufgegeben werden sollte.

# Migration

## Für eine offene, bunte und lebendige Stadt!

- Migration ist ein Faktum mit weitgehend globalen Ursachen und globalen Auswirkungen. Dies machte besonders das Jahr 2015 deutlich, in dem 1 030 Flüchtlinge in Remscheid ankamen, die zunächst hilfsweise in einer Schule und in Sammelunterkünften untergebracht werden mussten. Viele dieser Menschen, die 2015 und in den Folgejahren kamen, leben inzwischen in separaten Wohnungen in Remscheid.

Jetzt ist das Thema diese Menschen in Remscheid nicht nur willkommen zu heißen, sondern ihr Bleiben zu organisieren und sie zu integrieren. Integration braucht stabile und flexible Strukturen in der Gesellschaft. Integration stellt neue Anforderungen an die Bildungssysteme, an die Arbeitsvermittler und an die Wirtschaft.

DIE LINKE hält daher für nötig:

- Zusätzliche Lehrer\*innen und Personal für die Hausaufgabenbetreuung und zur Förderung des Sprachunterrichts.
- Eine ausreichende Zahl von Plätzen zur Kinderbetreuung. Die Sprachförderung sollte schon hier beginnen.
- Personal im Jobcenter, das alle Möglichkeiten der Integration in die Betriebe kennt und das den betroffenen Migrantinnen und Migranten die Möglichkeiten und die Bedeutung der erforderlichen Bildungs- und Qualifikationsabschlüsse aufzeigt.
- Angemessene Sprachkurse, die nachweislich geeignet sind, die deutsche Sprache zu vermitteln. Hier muss der Lernende im Vordergrund stehen, der adäquat gefördert wird. Die für die Erwachsenen angebotenen Sprachkurse sind häufig nicht ausreichend, um die deutsche Sprache zu vermitteln. So sind mangelnde Deutschkenntnisse immer noch ein wesentlicher Grund, warum die Integration in den Beruf oder die Gesellschaft nicht gelingt. Auch hier ist deutlich mehr Fachpersonal erforderlich und besonders ein pädagogisches Konzept, das das Gelingen der Sprachvermittlung sicherstellt.
- Kommunale Strukturen, die mit Handel, Handwerk und Industrie kooperieren, um motivierten Migrantinnen und Migranten Ausbildungsplätze und adäquate qualifizierte Stellen anzubieten und sie nicht nur als billige Aushilfskräfte einzusetzen. Gegebenenfalls sind von kommunaler Seite praxisnahe Ausbildungsgänge zu schaf-

fen.

- Die Digitalisierung darf nicht an den Migrantinnen und Migranten vorbeigehen. Die Kosten für Hardware und Internetzugang sind in den aktuellen Leistungen nicht enthalten. Daher braucht es auch dort neue Konzepte, zum Beispiel ein Internetzentrum im Jobcenter, in dem digitale Bewerbungen eventuell mit Unterstützung verfasst werden können.
- Solange diese Forderungen nicht erfüllt sind, bleibt menschliches Potential auf der Strecke. Hier müssen Stellen entstehen, die nachhaltig den Standard für zukünftige Generationen sichern und einer wachsenden, prosperierenden und sich verändernden Gesellschaft gerecht werden. Letztendlich führen diese Maßnahmen dazu, den Wirtschaftsstandort zu sichern und nachhaltig zu stärken. Ohne diese Maßnahmen kann Integration nicht gelingen. Eine gescheiterte Integration geht zu Lasten aller Bürger\*innen und einer stabilen Gesellschaft.

# Digitalisierung

## Remscheid digital – für Alle, umfassend und sicher!

Durch die immer weiter fortschreitende Entwicklung u.a. von Künstlicher Intelligenz findet eine neue Technische Revolution statt, die fast alle Bereiche unseres Lebens beeinflusst und verändert. Wohnungen, Häuser, Verwaltung und Betriebe sind schon integriert und gehören zur digitalen Welt. Große Konzerne sammeln Unmengen von Daten, verarbeiten und verwerten sie. Das stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Es geht um Datensicherheit, Datenhoheit und Datensouveränität.

Grundsätzlich fordert DIE LINKE, dass Digitalisierung:

- dort eingesetzt wird, wo sie das Leben erleichtert,
- das Leben nicht verschlechtern darf,
- transparent für jeden ist,
- den Interessen der Bürger\*innen verpflichtet ist und nicht den Kapitalinteressen der Konzerne,

- nicht zum Abbau von Personal missbraucht wird.

Weiter verlangt DIE LINKE:

- Übertragungswege und Daten müssen zuverlässig vor unbefugten Zugriffen geschützt werden.
- Eine Verwertung von Daten, die Bewegungsprofile (Tracking) ermöglichen, darf es nicht geben.
- Da Internet und Digitalisierung heute bereits ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens sind, darf niemand davon ausgeschlossen werden. Ein digitales Remscheid für Alle muss von allen Menschen genutzt werden können – das ist Voraussetzung für die soziale, demokratische und ökonomische Teilhabe in der digitalen Gesellschaft. Ohne Zugang zum Internet und zu den digitalen Diensten droht vielen Menschen die soziale Ausgrenzung. Die Verbindung zum Internet und zu den digitalen Angeboten ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Energie und fließendes Wasser.

Deshalb ist für DIE LINKE unabdingbar:

- Menschen mit geringem Einkommen müssen bei der Beschaffung der Hard- und Software wie auch beim Betrieb ihres Internetanschlusses finanziell unterstützt werden.
- Der Smart-City-Index erfasste 2019 erstmals, wie gut die 81 deutschen Großstädte digitalisiert sind. Remscheid landete in diesem Vergleich auf Platz 79. Nicht nur das zeigt: Remscheid hinkt in vielen Bereichen der allgemeinen Entwicklung hinterher.
- Eine „Smart City“ vernetzt Technologien der Mobilität, Energie, Stadtplanung und Verwaltung zum Nutzen aller Bürger\*innen. DIE LINKE befürwortet dieses Modell, in dem die Stadt eine Digitalisierung vorantreibt, die sich an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert, nicht an den Profitinteressen von Konzernen und/oder staatlicher Überwachung.
- Wir benötigen schnelle Netze und Investitionen in die digitale Infrastruktur! Durch eine verfehlte Netzpolitik sind Bürger\*innen von digitaler Teilhabe abgeschnitten. Kleine und mittelständische Unternehmen sowie deren Arbeitsplätze sind in ihrer Existenz bedroht.

Für DIE LINKE ist deshalb wichtig:

- Schnelles Internet für Alle! Der Ausbau eines flächendeckenden Breitbandnetzes und das Schließen der Funklöcher sowie öffentliche freie WLAN-Netze ohne Zugangskontrolle.
- Eine digitale Stadt, die die Lebensumstände der Menschen verbessert und niemanden zurücklässt.
- Die Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge möglichst unkompliziert und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können.
- Ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) mit hohen Sicherheitsstandards als nachhaltige IT-Strategie.
- Umfassender Datenschutz und die Datenhoheit für alle Bürger\*innen über ihre Daten. Der kommunale Datenreichtum gehört nicht den Konzernen sondern der Allgemeinheit.
- Eine umfassende öffentliche Mitbestimmung bei Digitalisierungsprojekten. Digitalisierungs-Beauftragte sollen sie koordinieren und entsprechende Ausschüsse in der Kommune sie politisch kontrollieren.
- Kostenfreie Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger, damit Alle etwas von der digitalen Kommune haben.
- Die Einführung von Open-Source-Software im kommunalen Bereich zur Wahrung der Unabhängigkeit von digitalen Technologiekonzernen.
- Die Überführung der digitalen Infrastruktur in öffentliche und/oder genossenschaftliche Hand als Ziel. Der Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse soll mit Unterstützung von Bund, Land und EU-Förderprogrammen erfolgen.

# Gleichstellung

## Gleichberechtigung als Basis für eine demokratische Gesellschaft!

Eine gerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen die gleichberechtigte Teilhabe in allen Belangen, wie Bildung und Ausbildung, Beruf, Gesellschaft und Politik, gewährt. Dazu gehört selbstverständlich auch die Umsetzung der Forderung: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

Leider sind wir von der Umsetzung einer konsequenten Gleichstellung weit entfernt: nach wie vor besteht ein Lohnunterschied zwischen Frau und Mann von mehr als 23%. Frauen arbeiten sehr viel häufiger in Teilzeit, müssen sich mit Minijobs begnügen oder arbeiten ganz ohne soziale Absicherung. Immer noch sind es meist Frauen, die für Familie, Kindererziehung und Pflege in der Familie zuständig sind; sie übernehmen immer noch den Hauptteil der Familienarbeit und sind in der Ausbildung und Ausübung eines Berufs häufig massiv eingeschränkt. Dies hat Armut im Alter zur Folge. Auch in Remscheid sind weitaus mehr Frauen als Männer von Altersarmut betroffen – Tendenz steigend! Auf kommunaler Ebene kann an den gesetzlichen Regelungen z.B. zur Rentenberechnung nicht viel geändert werden. Trotzdem ist die Stadt Remscheid verpflichtet, alles zu tun um Armut von Frauen zu verhindern oder wenigstens deren Folgen abzumildern – sowohl Armut bei alleinerziehenden Frauen als auch Armut im Alter.

Für DIE LINKE muss die Stadtverwaltung als Vorbild voranschreiten:

- Besetzung von 50% der offenen Stellen in jeder Gehaltsstufe mit Frauen.
- Verzicht auf Minijobs.
- Ermöglichen flexibler Arbeitszeitmodelle und der Wiederaufnahme von Vollzeitarbeit.
- Auftragsvergabe nur an Unternehmen, die Tarifbindung und Mindestlöhne anerkennen, eine Frauenquote berücksichtigen bzw. Mädchen und Frauen besonders fördern.
- Zügiger Ausbau von Kindertagesstätten, damit alle Frauen, besonders auch alleinerziehende Mütter, eine adäquate Betreuung für ihre Kinder finden können.
- Flexibilisierung von Öffnungszeiten in Kitas und im Offenen Ganztag.



- Schaffung von Möglichkeiten zu ergänzender Kinderbetreuung.
- Einrichten von mehr Ganztagsplätzen in der Grundschule und im Sek I Bereich.
- Unterstützung von Alleinerziehenden durch eine Fachkraft (z.B. vom AsD) bei Alltagsproblemen: Wohnungssuche, finanziellen Problemen, Betreuung und Versorgung im Krankheitsfall.

Um die Folgen von Altersarmut abzumildern und älteren Menschen die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe zu gewähren, tritt DIE LINKE ein für:

- Ein kostenloses Seniorenticket.
- Als ersten Einstieg ein „Bärenticket“ auch für kürzere Strecken.
- Kostenlose kulturelle und gesellschaftliche Angebote in den Quartieren, die alle älteren Menschen nutzen können.
- Einen „Stadtteil-Kümmerer“, der bedürftige alte Menschen aufsucht um sie aus möglicher Isolation zu holen.

Um die Belange, Wünsche und Probleme aller Mädchen, jungen und älteren Frauen in Remscheid zukünftig adäquat anzugehen und auf eine geschlechtergerechte Gesellschaft in Remscheid hinzuwirken, fordert DIE LINKE weiterhin:

- die Einrichtung eines Gleichstellungsausschusses. Die jetzige Regelung eines „Frauen-Hauptausschusses“ einmal im Jahr hat allenfalls eine Alibifunktion.

# Sicherheit und Ordnung

## Vorbeugen für mehr Sicherheit und für ein reibungsloses Miteinander!

DIE LINKE setzt sich bei der Bekämpfung von Kriminalität hauptsächlich für präventive Maßnahmen ein. Ein fairer Sozialstaat ist ein unverzichtbares Element für ein sicheres und friedliches Leben in Remscheid. DIE LINKE engagiert sich deshalb weiterhin vehement für eine Stärkung sozialer Angebote der Stadt unmittelbar vor Ort.

Die offiziellen Zahlen der PKS kennzeichnen Remscheid nicht als Hot-Spot krimineller Aktivitäten. Dennoch ist das subjektive Sicherheitsgefühl vieler Bürger\*innen gesunken. Viele Mitbürger\*innen fühlen sich in ihren Sicherheitsbedenken nicht ernst genommen. DIE LINKE will dagegenhalten, das subjektive Sicherheitsgefühl verbessern und tatsächliche Kriminalität effizienter bekämpfen.

Dazu plädiert DIE LINKE für:

- Die Einrichtung einer sogenannten Sicherheits- und Ordnungssprechstunde.
- Diese Sprechstunden sollen einmal wöchentlich den Bürger\*innen die Möglichkeit geben mit einer/einem Vertreter\*in der Polizei und des Ordnungsamtes in Kontakt zu treten und diesen die Sicherheits- und Ordnungsbedenken vorzutragen. Die Vertreter\*innen von Ordnungsamt und Polizei nehmen die Sorgen der Bürger\*innen auf und können Fragen direkt beantworten. Die Anmerkungen der Bürger\*innen werden anonym gesammelt und besonders relevante oder oft vorgetragene Bedenken (z.B. besondere Gefahrenpunkte o.ä.) oder Wünsche (z.B. beleuchtete Parks) werden dem Rat in regelmäßigen Abständen vorgetragen. Dadurch werden die Sorgen der Bürger\*innen nicht nur gehört, sondern in den politischen Prozess getragen. Auch Polizei und Ordnungsamt können von dieser Praxis profitieren und ihre Arbeit an die Ergebnisse der Sprechstunden anpassen.

Remscheid soll aufgeräumter und attraktiver werden!

Öffentliche Müllberge und verdreckte Straßen sind ein ökologisches und ästhetisches Problem und sorgen wie verfassungsfeindliche Schmierereien und Vandalismus auch für ein schlechtes Sicherheitsgefühl. Sie machen die Stadt nicht nur für ihre Bewohner\*innen unattraktiver, sondern auch für Tourist\*innen und potenzielle Neubürger\*innen.

Dagegen will DIE LINKE angehen und verlangt:

- Mehr Mülleimer und insbesondere Aschenbecher im Stadtgebiet und eine höhere Entsorgungs- und Reinigungsfrequenz an besonders anfälligen Orten, wie z.B. den Bahnhöfen.
- An stark frequentierten Orten soll es zukünftig Möglichkeiten zur Mülltrennung geben.
- Supermärkte und Fast-Food-Läden sollen bei der Beseitigung von Müll in ihrer unmittelbaren Nähe stärker in die Verantwortung genommen werden.
- Schnellere Entfernung von Graffiti mit rassistischen oder verfassungsfeindlichen Inhalten.
- Verbot des Verkaufs von Einweg-Coffee-to-go-Bechern im Stadtgebiet.
- Ausweisung von speziellen Graffiti-Flächen.
- Graffiti gehören zum Stadtbild einer jeden Großstadt und können dieses als Kunstform positiv verändern. Anstatt wertvolle Zeit und Ressourcen in die Bekämpfung illegaler Sprühereien zu investieren, will DIE LINKE, dass die Stadt kommunale Flächen ausweist (z.B. in Bahnhofsnähe oder an Parkplätzen), auf denen Künstler\*innen aus Remscheid und der Umgebung legal Graffiti sprühen können. Die Flächen sollen für jeden im Internet einsehbar sein und vor Ort mit speziellen Markierungen gekennzeichnet werden. Auch Privatpersonen sollen auf Wunsch solche Flächen privat zur Verfügung stellen können. Ziel ist es ein wenig mehr Farbe in die Stadt zu bekommen, illegale Schmierereien zu begrenzen und durch künstlerisch anspruchsvolle Bilder zu ersetzen.

# Politische Partizipation / Bürgerbeteiligung

## Stärkere Einbindung der Bürger\*innen in städtische Entscheidungen!

DIE LINKE setzt sich für eine breite und demokratische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in Remscheid ein. Zwar gibt es in der Stadt schon viele Möglichkeiten und Formen der politischen Beteiligung außerhalb von Wahlen, doch sind diese Beteiligungsverfahren meist mit hohen Hürden verbunden. Ein besonderes Problem ist die Verbindlichkeit der Umsetzung von Vorschlägen, Ideen, Denkwerkstätten usw. Zwar werden die Remscheider\*innen von der Verwaltung gerne ermutigt ihre Ideen und Vorstellungen bei geplanten Veränderungen und Projekten, wie z.B. der Neuausrichtung der Alleestraße, einzubringen, doch zu selten finden deren Stimmen dann Berücksichtigung bei der tatsächlichen Entscheidungsfindung. Diese Art der vermeintlichen Bürgerbeteiligung wirkt nicht nur frustrierend auf die Bürger\*innen, sie erzeugt auch unnötige Kosten und verschwendet viel Potenzial.

DIE LINKE fordert daher nicht nur die politische Beteiligung der Bürger\*innen auszubauen und neue Konzepte zu etablieren, sondern vor allem, dass die Ideen, Vorschläge und Kritikpunkte der Bürger\*innen verbindlich Einzug in die politischen Entscheidungsprozesse finden.

Um die Bürger\*innen weiter an der Stadtentwicklung zu beteiligen und kreative Impulse aus der Bevölkerung mitzunehmen, plädiert DIE LINKE für:

- Das Hinzufügen einer Beteiligungssatzung in die Leitlinien für die Beteiligung der Bürger\*innen.
- Die zwingende Beteiligung der Bürger\*innen bei der Festlegung der Ausführung und Gestaltung von kommunalen Großprojekten ab einer gewissen Größenordnung.
- Die Einführung von Vorhabenlisten, um die Bürger\*innen rechtzeitig über Planungen zu informieren. Alle absehbaren Vorhaben werden zusammengestellt und es wird dargelegt ob und wie die Bürger\*innen beteiligt werden können.
- Damit Bürgerbeteiligung leichter eingefordert werden kann, werden die bestehenden Hürden für Einwohneranträge (Quorum für Unterschriften und

Themenausschlüsse) gesenkt.

- Demokratie kostet Geld; die Kosten für die Bürgerbeteiligung sind in den Haushalt einzuplanen.
- Einführung eines „Bürgerhaushalts“.

# Antifaschismus

## Gemeinsam gegen Rechts

Der Faschismus ist der Erzfeind jeder friedliebenden demokratischen Gesellschaft!

DIE LINKE ist konsequent antifaschistisch.

Rechtsterroristische und nationalistische Gruppierungen verbreiten Furcht und Gewalt und behindern emanzipatorische gesellschaftliche Entwicklungen. DIE LINKE tritt diesen die Gesellschaft zersetzenden Bestrebungen mit allem Nachdruck und unter Nutzung aller demokratisch legitimierten Mittel entgegen.

Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte Parteien und Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Rechtsextreme versuchen sich als „Beschützer der Deutschen“ insbesondere der „deutschen Frauen“ im öffentlichen Raum zu etablieren. Sie greifen bestehende Ressentiments und antieuropäische Stimmungen auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen. Die rechte Szene ist u.a. wegen ihrer skrupellosen Gewaltbereitschaft eine reale alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen.

Zum Schutz der Bürger\*innen vor den Auswirkungen derartiger inhumaner Ideologien und zum Erhalt einer humanen, demokratischen Gesellschaft sind Kernpunkte für DIE LINKE:

- Rechte Positionen müssen vor allem durch die inhaltliche Auseinandersetzung bekämpft werden. Rassismus, Menschenverachtung und herabwürdigende Äußerungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben!
- Keine Hass-Sprache zulassen!

- Im Stadtrat keine Zusammenarbeit mit Rassist\*innen, Rechtspopulist\*innen und Faschist\*innen!
- DIE LINKE beteiligt sich an breiten gesellschaftlichen Bündnissen, die sich Nazis in den Weg stellen. Gemeinsam mit Remscheid Tolerant, Gewerkschafter\*innen, Initiativen und Organisationen arbeitet DIE LINKE in Bündnissen gegen Rechtstendenzen, Rassismus und Antisemitismus. Die Stärkung des antifaschistischen Widerstandes geht mit der Zusammenarbeit und Einbindung der gesellschaftlichen Linken mit demokratischen Migrant\*innen-Verbänden und Flüchtlingsgruppen einher. Sie sind natürliche Verbündete.

### **Erinnerungskultur als antifaschistische Bildung!**

Die Verbrechen der Naziherrschaft in Erinnerung zu rufen ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeugen immer weniger werden, sind Orte des Erinnerns und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren (Beispiel: „Pferdestall“).

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“ für die Opfer des Faschismus.
- Die Aufarbeitung von Euthanasieverbrechen vor Ort.
- Die lokale Aufarbeitung von Zwangsarbeiterschicksalen.
- Die Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten durch Schulen, Jugendorganisationen, Volkshochschulen, Kinder- und Jugendräten und Anderen. Dazu sind mögliche Fördermittel von Stiftungen oder der öffentlichen Hand auszuloten und interessierten Gruppen zur Verfügung zu stellen.
- Ausstellungen zur Erinnerungskultur in Museen, Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden.

# Corona-Nachwort

Unser Wahlprogramm wurde zu einem Zeitpunkt diskutiert und erstellt, als die weltweite Pandemie noch in weiter Ferne und Corona noch kein beherrschendes Thema war. Nach mehr als acht Wochen „Shut Down“ und dem Herunterfahren des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens stellen sich viele der von uns aufgezeigten Probleme verschärft und überdeutlich dar. Das Virus zeigt uns, wie wichtig und unabdingbar viele unserer Forderungen in der Kommunalpolitik sind und fordert geradezu eine Akzentuierung und Schärfung mancher thematischen Schwerpunkte.

Die in der Krise deutlich hervortretenden Mängel und Versäumnisse der Vergangenheit, auf die DIE LINKE immer schon und auch in diesem Wahlprogramm hingewiesen hat, zeigen sich u.a. in folgenden Bereichen:

## Finanzen

Die Corona-Pandemie wird sich negativ auf den kommunalen Haushalt auswirken – in noch nicht absehbarem Ausmaß. Die Schulden werden steigen und dafür sorgen, dass in den nächsten Jahren viele der notwendigen Investitionen in unserer Stadt nicht mehr stattfinden können. Unabdingbar ist hier ein Altschuldenfond von Bund und Land, der die Kommune endlich durch Übernahme der Altschulden entlastet.

Dies ist im Übrigen eine alte Grundforderung der LINKEN.

## Gesundheit

In der Corona-Krise kommt dem Gesundheitssystem eine herausragende Bedeutung zu; allerdings erweist sich das System als äußerst fragil und nicht wirklich vorbereitet auf die pandemische Situation. Stattdessen führte die Privatisierung des öffentlichen Gesundheitswesens zu Bettenabbau, mangelnder Bereithaltung von Materialien, wie zum Beispiel Schutzkleidung für Notsituationen und vor allem zu Personalabbau. Dies alles hätte fast zu einem Kollaps des Gesundheitswesens geführt. Gesundheitsvorsorge entwickelte sich unter der Privatisierung zu einer Wirtschaft, die einzig profitorientierten Interessen unterliegt. Gesundheit aber darf keine Ware sein; Menschen dürfen nicht vom Profitinteresse einiger Weniger abhängig sein.

Deshalb fordert DIE LINKE nun verstärkt die Rekommunalisierung der Krankenhäuser.

## Frühkindliche Bildung

Die Bedeutung der frühkindlichen Bildung wurde von der LINKEN schon immer betont. In der Pandemie-Situation zeigte sich, wie sehr Kleinkinder und Eltern auf Kita-Plätze angewiesen sind und wie sehr beide Gruppen unter dem Betretungsverbot der Kitas leiden. Leider zeigte sich aber auch: Es gibt viel zu wenig Kita-Plätze, die Anzahl der Kinder pro Gruppe ist viel zu groß, es gibt zu wenig ausreichend große Räumlichkeiten, in die nun kleinere Gruppen von Kindern zurückkehren könnten, die Zahl des Kita-Personals ist zu gering, insbesondere, wenn ältere und gesundheitlich gefährdete Betreuer\*innen zu Corona-Zeiten ausfallen.

DIE LINKE fordert deshalb, dringend den Ausbau von Kita-Plätzen zu forcieren, die Gruppengrößen neu zu überdenken, das Fachpersonal aufzustocken, indem finanzielle Anreize zur Ausübung dieses Berufes geschaffen werden.

## Schule

Die Zeit des Home-Schoolings zeigt überdeutlich die Schwächen des deutschen Bildungswesens auf. In keiner Weise sind die Remscheider Schulen auf das digitale Lernen vorbereitet. Es fehlt an Soft- und Hardware und an für das digitale Lernen ausreichend aus- bzw. fortgebildeten Lehrer\*innen. Wie in keinem anderen europäischen Land ist zudem in Deutschland die Bildung abhängig vom sozialen Status der Eltern. Kinder aus bildungsfernen Schichten sind in Pandemie-Zeiten zusätzlich benachteiligt. Ihnen fehlt neben einer adäquaten digitalen Ausstattung, die sie zur Teilnahme am digitalen Lernen befähigen könnte, sehr oft schon Grundsätzliches wie ruhige, ausreichend große Räumlichkeiten oder Erwachsene, die sie bei Schwierigkeiten unterstützen.

DIE LINKE fordert deshalb die Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik, die Ausstattung aller bedürftigen Schüler\*innen mit Endgeräten für ihre gesamte Schulzeit, die Schaffung von außerschulischen Lernorten, die alle Kinder und Jugendlichen kostenfrei nutzen können.

## Frauen

Auch das wird in diesen Corona-Zeiten überdeutlich: Es sind vor allem Frauen, die in den wirklich systemrelevanten Berufen arbeiten. Es sind die Verkäuferinnen, Alten- und Krankenpflegerinnen, Arzthelferinnen, Kindergärtnerinnen, Betreuerinnen und Reinigungskräfte, die auch jetzt das gesellschaftliche, soziale Leben noch aufrecht halten. Gerade diese Berufsgruppen aber gehören zu den Geringverdienenden.



DIE LINKE fordert hier ein radikales Umdenken. All diese Menschen haben ein Recht darauf, auch nach der Pandemie angemessen bezahlt zu werden. DIE LINKE fordert deshalb die Anhebung der Löhne in den wirklich systemrelevanten Berufen und nicht nur eine einmalige „Anerkennungszahlung“.





**[www.dielinke-remscheid.de](http://www.dielinke-remscheid.de)**



Schützenstraße 62  
42853 Remscheid  
Tel.: 02191 951 36 82  
Fax.: 02191 951 37 31  
E-Mail: [info@dielinke-remscheid.de](mailto:info@dielinke-remscheid.de)